



Working Paper

## **Die Schweiz und Südafrika während der Apartheid Kontroverse und "Agenda-Setting" nach 1998**

**Author(s):**

Pfister, Roger

**Publication Date:**

2000

**Permanent Link:**

<https://doi.org/10.3929/ethz-a-004046723> →

**Rights / License:**

[In Copyright - Non-Commercial Use Permitted](#) →

This page was generated automatically upon download from the [ETH Zurich Research Collection](#). For more information please consult the [Terms of use](#).

Roger Pfister

**Die Schweiz und Südafrika  
während der Apartheid:  
Kontroverse und "Agenda-Setting"  
nach 1998**

Beiträge

Nr. 31 / Oktober 2000

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung und Fragestellung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Inhalt und Quellenlage .....</b>	<b>2</b>
<b>3. Die Beziehungen Schweiz-Südafrika: ein Rückblick .....</b>	<b>3</b>
3.1 Gruppierungen Contra .....	3
3.2 Gruppierungen Pro .....	6
3.3 Konklusion .....	9
<b>4. Die Diskussion 1998/99 .....</b>	<b>10</b>
<b>5. Schlussdiskussion.....</b>	<b>22</b>

## **Über den Autor**

Roger Pfister ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Zentrum für Internationale Studien (CIS) von ETH und Universität Zürich. Im Rahmen der Arbeiten zu seiner Dissertation über "South Africa's Continental Strategy Beyond the Region, 1961-1992" hat er sich intensiv mit der Politik des südafrikanischen Apartheidregimes auseinandergesetzt. Die in diesem Beitrag gemachten Äusserungen sind seine eigenen und repräsentieren nicht die Haltung des CIS oder der ETH Zürich.

## 1. Einleitung und Fragestellung

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika während der Apartheid wurden von den sechziger bis in die neunziger Jahre wiederholt von mehreren Gruppierungen kritisch beleuchtet. An vorderster Front hierbei stand die Anti-Apartheid Bewegung (AAB), die mit ihren Aktivitäten in der Schweiz die Bemühungen des oppositionellen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zur internationalen Isolierung des Apartheidstaates unterstützen wollte.

Mit den ersten allgemeinen Wahlen in Südafrika im Jahre 1994 veränderte sich die Ausgangslage. Das vorrangige Ziel der international aktiven Anti-Apartheid Bewegungen – inklusive der AAB Schweiz –, Pretoria in die Knie und zur Aufgabe der Apartheidpolitik zu zwingen, war erreicht. Seitens des nun an der politischen Macht stehenden ANC wurden keine Bestrebungen unternommen, die Geschichte der Beziehungen Pretorias zur Schweiz während der Apartheid zu untersuchen. Es war deshalb davon auszugehen, dass dieses Kapitel der Schweizer Aussenpolitik keinen Anlass mehr zu Kontroversen geben würde und deshalb *ad acta* gelegt werden könnte. Diese Annahme wurde bis 1998 von den Ereignissen bestätigt. Noch Anfang August 1998, als Flavio Cotti – damaliger Bundespräsident und Aussenminister – Südafrika besuchte, betonten beide Seiten die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

In den nun folgenden Monaten wurde die Thematik der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während der Apartheid jedoch erneut und in zunehmender Intensität zur kritischen Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit getragen. Im Unterschied zu den Kontroversen vor 1994 erlangte die Diskussion nun sehr starke politische und mediale Aufmerksamkeit. Aufgrund des so entstandenen politischen Druckes beauftragte der Bundesrat Anfang Mai 2000 den Schweizerischen Nationalfonds, eine Untersuchung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zur Apartheidzeit zu organisieren. Zu einem solchen Schritt hatte er sich zuvor erst einmal durchgerungen, im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges.

Die Fragestellung ist deshalb, weshalb und mit welchen Mitteln die AAB und ihr nahestehende Gruppierungen trotz der neuen Gegebenheiten seit 1994 diese Thematik erneut aufgegriffen und zu einem politischen Traktandum gemacht haben. Der Artikel bietet eine Fallstudie über das Wirken von Interessengruppierungen in der Schweizer Innenpolitik.

Interessengruppierungen melden sich nur gelegentlich zu Wort. Sie werden aber dann aktiv, wenn ihre Interessen direkt betroffen sind. Weil sie aber zumeist nicht fester Bestandteil des politischen Alltags sind, versuchen sie ihre Interessen mittels vorhandener politischer Kanäle – politische Parteien und deren Exponenten – durchzusetzen.<sup>1</sup>

## 2. Inhalt und Quellenlage

In einem ersten Teil stelle ich die Gruppierungen vor, die sich seit den sechziger Jahren vornehmlich mit den Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika befasst hatten. Dies ist Voraussetzung für das Verständnis der Entwicklung der Diskussion nach 1998. Die Aussagen zu den einzelnen Organisationen basieren auf sehr unterschiedlichen Grundlagen. In den meisten Fällen stütze ich meine Aussagen auf deren eigene Publikationen. Nur bei der AAB ist Archivmaterial vorhanden, welches im Sozialarchiv Zürich aufbewahrt wird.<sup>2</sup> Diese insgesamt eher spärliche Quellenlage wird teilweise durch Erkenntnisse aus persönlichen Kontakten zu den verschiedenen Gruppierungen ergänzt.

Im darauffolgenden Abschnitt verfolge ich in einer Perzeptionsgeschichte die Anfang 1998 einsetzende Diskussion zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid, die schliesslich zum bemerkenswerten Entscheid des Bundesrates vom Mai 2000 führte. Zur Nachzeichnung der medialen Diskussion habe ich die Deutschschweizer Zeitungen *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ), *Tages-Anzeiger*, *Weltwoche*, *WochenZeitung* (WoZ) durchgesehen. Diese Arbeit wurde dadurch erleichtert, dass die meisten dieser Zeitungen mit recherchierbaren Archiven auf dem Internet präsent sind.<sup>3</sup> Auch das Zeitungsarchiv des Zentrums für Internationale Studien (CIS) der ETH Zürich erwies sich als guter Fundort.<sup>4</sup> Die Aussagen zur Entwicklung auf der politischen Ebene basieren auf der Durchsicht der *Übersicht der Verhandlungen* von National- und Ständerat, von Pressemitteilungen der relevanten Departemente sowie der Kommentare in der Presse. Auch hier erwies sich das Angebot auf dem Internet als äusserst hilfreich.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Jürg Martin GABRIEL (1997). *Das politische System der Schweiz: eine Staatsbürgerkunde*. Bern: Haupt, S. 52. (5. Auflage).

<sup>2</sup> Archiv der AAB (1974-1994), Bestand Ar 38 (<http://www.sozialarchiv.ch>).

<sup>3</sup> <http://www.nzz.ch>, <http://www.tages-anzeiger.ch>, <http://www.weltwoche.ch>, <http://www.woz.ch>.

<sup>4</sup> CIS, Seilergraben 49, 8092 Zürich, <http://www.cis.ethz.ch>.

<sup>5</sup> <http://www.admin.ch>, <http://www.parlament.ch>.

### 3. Die Beziehungen Schweiz-Südafrika: ein Rückblick

#### 3.1 Gruppierungen Contra

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik auf internationaler Ebene zunehmend isoliert. Bereits 1946 wurde die südafrikanische Regierung wegen ihrer Politik gegenüber der Indischen Bevölkerung in der UNO Generalversammlung verurteilt. Die Apartheidpolitik sorgte aber insbesondere ab Anfang der sechziger Jahre zu internationaler Ablehnung. Zum einen zog das Land mit dem Massaker von Sharpeville (Johannesburg) – am 21. März 1960 wurden dort 69 protestierende Schwarze von der Polizei erschossen – negative internationale Medienberichterstattung auf sich. Zum anderen erlangten Anfang der sechziger Jahre eine grosse Anzahl afrikanischer Staaten ihre Unabhängigkeit. In der Folge wurden sie im Rahmen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der Vereinten Nationen zu vehementen Verfechtern der totalen Dekolonisation des Kontinents. Vor allem in zahlreichen Resolutionen der UNO Generalversammlung – zum Teil auch des UNO Sicherheitsrates – wurde Pretoria zusehends wegen seiner Politik der Rassendiskriminierung angeprangert.

Im Zuge dieser Bemühungen, Südafrika international zu isolieren, entstanden auch in westlichen Staaten Gruppierungen, welche die Apartheid in Südafrika und Kontakte mit dem offiziellen Südafrika kategorisch verurteilten. In der Schweiz war es die Anti-Apartheid Bewegung, die an vorderster Front politische Kräfte gegen solche Kontakte mobilisierte.

Die Gründungsversammlung des *Mouvement Anti-Apartheid de Suisse* (MAAS) fand im Juni 1965 in Genf statt. Das MAAS entstand im kirchlichen Umfeld und blieb anfänglich auch dort verwurzelt. Dessen Aktivitäten waren deshalb zu Beginn durchaus unpolitisch motiviert und auf die Westschweiz beschränkt.

Eine zunehmende Politisierung und eine Ausrichtung hin zur Deutschschweiz zeichnete sich Anfang der siebziger Jahre ab. Die Gründung der Deutschschweizer *Anti-Apartheid Bewegung* (AAB) erfolgte am 1. März 1975. Sie hatte sich aus einer Arbeitsgruppe der sich mit der Dritte Welt Problematik beschäftigenden *Erklärung von Bern* (EvB) heraus entwickelt. Ein Kontakt zur politischen Linken bestand Mitte der achtziger Jahre mit dem

damaligen National- und heutigen Bundesrat Moritz Leuenberger. Dessen Zürcher Advokaturbüro vertrat die Interessen der AAB von 1984 bis 1986 in mehreren Streitfällen.<sup>6</sup>

Die AAB verfolgte folgende Ziele: die Schweizer Bevölkerung über die Praktiken der Apartheid aufzuklären, Aktionen gegen Südafrika zu initiieren und zu unterstützen, und das Bewusstsein in der Schweiz zu Fragen des Rassismus zu fördern. Öffentlichkeitsarbeit wurde ab 1977 mit der Zeitschrift *Anti-Apartheid Nachrichten* und verschiedenen Broschüren betrieben.<sup>7</sup> Im Parlament wurde Lobby gegen Regierungskontakte zwischen den beiden Staaten gemacht. Die jährlich stattfindende Generalversammlung sowie unregelmässig stattfindende Konferenzen, Seminare und Tagungen wurden dazu verwendet, die Aufmerksamkeit auf das Unrechtssystem der Apartheid zu lenken.<sup>8</sup>

In der Westschweiz existierte weiterhin das MAAS, jedoch ab 1977 mit dem Zusatz *branche romande*. Sie publizierte seit 1977 ebenfalls eine Zeitschrift mit dem Titel *Non à l'apartheid*.<sup>9</sup> Die Verankerung des *Mouvement* im kirchlichen Umfeld der Westschweiz blieb erhalten, was sich an der Zeitschrift *Nouvelles d'Afrique du Sud* zeigt, welche die "Groupe Eglise" innerhalb des MAAS ab 1985 zusammen mit der *Fédération suisse de femmes protestantes* herausgab.<sup>10</sup>

Unterstützung fanden die Anti-Apartheid Bewegungen bei Gruppierungen aus der sogenannten Solibewegung.<sup>11</sup> Diese hatten ihre Aktivitäten auf die Nord-Süd Problematik gerichtet. Eine engere Zusammenarbeit ergab sich insbesondere mit der *Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt* (Basel), der *Erklärung von Bern* (Bern) sowie dem *Centre Europe-Tiers*

<sup>6</sup> Siehe Felix E. MÜLLER, "Die Schweizer «pressure groups»", *NZZ*, 3./4. Juli 1998, S. 94. AAB Archiv Ar 38.40.1. Zu einer Geschichte der AAB siehe Samuel BATZLI (1990). *Die Antipartheidbewegung der Schweiz im Spiegel der Zeit (1945-1990)*. Bern: Historisches Institut der Universität Bern. (Unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>7</sup> Zeitschrift: *Anti-Apartheid Nachrichten*. Zürich: Anti-Apartheid Bewegung AAB, 1977-1994. Monographien: Urs HAYMOZ, and MOUVEMENT ANTI-APARTHEID DE SUISSE (1979). *National Profile: Switzerland*. Submission to the International Seminar on the Role of Transnational Corporations in South Africa, London, 24 November 1979. Genève: Mouvement Anti-Apartheid de Suisse; Beate KLEIN (1980). *Les banques suisses et l'Afrique du Sud*. Genève: Mouvement Anti-Apartheid de Suisse; Mascha MADÖRIN et Laurence BAYSON (1981). *Relations bancaires Suisse-Afrique du Sud*. Genève: Mouvement Anti-Apartheid de Suisse; *Svizzera-Sud Africa: oro & co*. Viganetto-Lugano: Gruppo Nord-Sud; Chiasso: Movimento Anti-apartheid svizzero, sezione Ticino; Porza: Movimento giovanile progressista, 1989.

<sup>8</sup> Siehe AAB Archiv Ar 38.25.1 (Parlamentarische Vorstösse), Ar 38.20.3 (Aktivitäten).

<sup>9</sup> *Non à l'apartheid: journal bimestriel du Mouvement Anti-Apartheid de Suisse, branche romande*. Genève: Mouvement Anti-Apartheid de Suisse, branche romande, 1977->.

<sup>10</sup> *Nouvelles d'Afrique du Sud: bulletin d'information préparé par le "Groupe Eglise"*. Genève: Fédération Suisse de femmes protestantes FSFP; Mouvement Anti-Apartheid de Suisse, "Groupe Eglise", 1985->.

<sup>11</sup> Siehe Peter HUG und Beatrix MESMER (Hrsg.) (1993). *Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik*. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv. (Studien und Quellen, 19). Insbesondere die Artikel in den Kapiteln „Mobilisierung von Politik und Öffentlichkeit“ (S. 495-548) sowie „Kritik und Reform“ (S. 549-608).



*Monde* (Genf) und anderen, vornehmlich regional organisierten, Gruppierungen. Einige ihrer Publikationen bezogen sich auf das Verhältnis der Schweiz zu Südafrika und unterstützten die kritische Haltung der AAB.<sup>12</sup> Sie widerspiegeln die zunehmende Politisierung der Diskussion um die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Das Augenmerk richtete sich hauptsächlich auf die finanziellen Aspekte der Kontakte. Vor allem die Schweizer Banken wurden zur Zielscheibe der Kritik. Es wurde argumentiert, dass sie durch ihre Kredite den Apartheidstaat vor dem sich ab Mitte der siebziger Jahre abzeichnenden wirtschaftlichen Kollaps gerettet hätten. Ihr Verhalten, so weiter, untergrabe die Wirkung internationaler Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Somit machten sich die Banken an der anhaltenden Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung mitschuldig.<sup>13</sup>

Nebst den wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und Südafrika wurden ab den achtziger Jahren auch die Beziehungen auf militärischer Ebene thematisiert, ebenfalls mit Unterstützung anderer Gruppierungen. Hierzu ein Beispiel Anfang der neunziger Jahre.

Im Oktober 1992 unterbreiteten die Stanser Pilatuswerke der südafrikanischen Armee eine Offerte zum Verkauf von 60 Flugzeugen des Typs PC-7. Die Lieferung dieser Trainingsflugzeuge in Krisengebiete war wegen deren Kriegstauglichkeit bereits früher umstritten, obwohl ihr Export nicht unter das Ausfuhrverbot des Kriegsmaterialgesetzes fiel. Anfang Dezember entschloss sich die damalige südafrikanische Regierung zum Kauf dieser Flugzeuge. Das Geschäft fand in der Folge grosse Aufmerksamkeit. In der Schweiz übten die *Anti-Apartheid Bewegung*, die *Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und Waffenausfuhr* sowie mehrere Hilfswerke heftige Kritik. In Südafrika protestierte der damals noch in der Opposition stehende ANC. Ende Dezember meldete sich das UNO-Komitee zu Wort, welches mit der Einhaltung des 1977 vom UNO Sicherheitsrat beschlossenen Waffenembargos gegen

---

<sup>12</sup> André BIÉLER (et al.) (1972). *Suisse -Afrique du Sud: relations économiques et politiques*. Genève: Centre Europe-Tiers Monde; Conseil œcuménique des églises, programme de lutte contre le racisme; Mouvement Anti-Apartheid de Suisse; CENTRE EUROPE-TIERS MONDE (Hrsg.) (1974). *Schweiz - Südafrika, Ende des Dialogs: ein Beitrag zur Auseinandersetzung um die schweizerische Verantwortung am Rassismus in Südafrika*. Genève: Centre Europe-Tiers Monde, Schweizerischer Evangelischer Missionsrat; *Dossier Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika*. Basel: Aktion Südafrika Boykott, Deutschschweizerische Koordination, 1986; Marianne GUJER (1987). *Südafrika, ein Paradies für Weisse: Schweizer Touristen berichten*. Basel: Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung; Zürich: Rotpunktverlag; Mascha MADÖRIN (1989). *Goldgier*. Bern: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. 73 S. *Notre argent finance l'apartheid: campagne contre les relations bancaires Suisse-Afrique du Sud*. Berne: Déclaration de Berne (EvB); Genève: Mouvement Anti-Apartheid de Suisse; Barbara WEYERMANN (1986). *Die Financiers der weissen Herren: eine Untersuchung zum Südafrika-Engagement der Schweizer Banken, 1985-88*. Bern: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. (Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika, 1); Barbara WEYERMANN (1990). *Was importiert die Schweiz aus Südafrika?* Basel: Aktion Südafrika-Boykott, Deutschschweizerische Koordination.

<sup>13</sup> Diese Haltung wird am deutlichsten in der Publikation von Barbara WEYERMANN vertreten: *Die Financiers der weissen Herren*. Bern: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, 1986.

Südafrika beauftragt war.<sup>14</sup> Es verlangte vom Bundesrat, die Lieferung dieser Flugzeuge zu verhindern. Anfang Februar 1993 entschied dieser jedoch, den Export nicht zu verbieten.<sup>15</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Anti-Apartheid Bewegung und die ihr nahestehenden Gruppierungen aktiv Lobby gegen die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontakte zwischen der Schweiz und Südafrika betrieben. Ihre Interessen wurden im Parlament vorwiegend von PolitikerInnen des politischen linken Spektrums vertreten, trafen jedoch immer auf erheblichen Widerstand von politisch rechter Seite. Auch im Bundesrat fanden Forderungen nach Sanktionen gegen Südafrika nie die nötige Unterstützung. Die Vertreter der Gegenseite verfügten offenbar über die besseren Einflussmöglichkeiten, ihre Interessen so durchzusetzen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht beeinträchtigt wurden. Auf diese Gruppierungen wird im folgenden eingegangen.

### 3.2 Gruppierungen Pro

In den Kreisen, welche die Kontakte zwischen den beiden Staaten begrüßten und unterstützten, war der leitende Gedanke, dass ein Wandel in Südafrika nur dann zu erreichen sei, wenn Südafrika international nicht isoliert werde; äusserer Druck auf Pretoria werde keine grosse Wirkung zeigen. Im Gegenteil, eine Isolation werde zur Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage der schwarzen Bevölkerung führen. Nur im Rahmen einer Zusammenarbeit könne die Regierung von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt werden. Zu den Gruppierungen, welche diese Ansichten vertraten, gehörten die *Arbeitsgruppe südliches Afrika*, der *Club der Freunde Südafrikas* sowie die *Swiss-South African Association*.

Politisch am einflussreichsten war die *Arbeitsgruppe südliches Afrika* (asa), die 1982 gegründet wurde. Sie sah in Südafrika einen Aussenposten westlicher Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent, wirtschaftlich und geopolitisch von grosser Bedeutung im Kampf gegen den vorrückenden Kommunismus in Afrika. In einem am 27. September 1982 datierten und von asa-Gründer und Nationalrat Christoph Blocher (SVP seit 1979) sowie Hans Wächter (Divisionär z.D.) unterschriebenen Rundbrief an interessierte Kreise wurde der Zweck wie folgt formuliert:

---

<sup>14</sup> Siehe die Resolutionen 418(1977) und 421(1977) des UNO Sicherheitsrates.

<sup>15</sup> Siehe die damalige Berichterstattung in den Schweizer Medien.

Die Arbeitsgruppe will der weltweiten, mindestens zum Teil zentral gesteuerten und häufig arglos weiterverbreiteten Desinformation über das südliche Afrika in unserm Land entgegentreten und Informationslücken ausfüllen. Wir unterstützen die Anstrengungen der gemässigten Politiker aller Hautfarben im südlichen Afrika nach einem friedlichen, schrittweisen und evolutionären Wandel. Vor allem aber geht es uns darum, die immense strategische und rohstoffpolitische Bedeutung des südlichen Afrika für das Ueberleben eines freien Europa bewusst zu machen. (Hervorhebungen im Original)<sup>16</sup>

Jeweils auf der Titelseite des seit 1982 publizierten *Bulletin*<sup>17</sup> – und dies bis zur Ausgabe vom Februar 1998 – wurden die Ziele etwas gemässiger präsentiert:

Sie [die asa] besteht aus Wissenschaftlern, Politikern, Militärs und Journalisten und wird präsiert von Nationalrat Dr. Christoph Blocher, Meilen. Als eine in jeder Beziehung unabhängige schweizerische Organisation verfolgt sie das Ziel, die oft einseitige, teils ideologisch motivierte Berichterstattung über das südliche Afrika durch sachliche Hintergrundberichte zu ergänzen und die Vorgänge in dieser aufgrund ihres Rohstoffreichtums und ihrer Lage an der Kaproute strategisch äusserst wichtigen Region in der Welt in grössere Zusammenhänge zu bringen.

Zu den Mitgliedern des 25 Personen umfassenden Patronatskomitees gehörten folgende damaligen National- und Ständeräte: Geneviève Aubry (NR FDP, 1979-1995), Felix Auer (NR FDP, 1971-1991), Ulrich Bremi (NR FDP, 1975-1991), Hans Munz (SR FDP, 1967-1983) und Hans Rüegg (NR FDP, 1971-1983). Ein Korpskommandant und drei Regierungsräte rundeten die konservative Ausrichtung der Arbeitsgruppe ab. Christoph Blocher stand dem anfänglich sieben Personen umfassenden Vorstand bis 1990 als Präsident vor.<sup>18</sup> In dieser Zeit organisierte die asa mehrere Südafrika-Seminare, zu denen Wissenschaftler, Politiker und andere Redner eingeladen wurden. Ihre damalige politische Haltung ist als konservativ zu bezeichnen, weil sie die Apartheid nicht grundsätzlich ablehnten.<sup>19</sup> So vertraten sie in ihren Voten die "weisse" Sicht der Situation im Lande.

Die politische Rechtslastigkeit der *Arbeitsgruppe* wurde durch die enge Zusammenarbeit mit Ulrich Schlüer (NR SVP seit 1995) unterstrichen. Auch er war 1982 Mitglied des Vorstands und hob die asa mit aus der Taufe. Schlüer selbst veröffentlichte in seinen Verlagen *Protea*

<sup>16</sup> Enthalten in AAB Archiv Ar 38.40.1.

<sup>17</sup> *Bulletin: Arbeitsgruppe südliches Afrika*. Zollikofen: Arbeitsgruppe südliches Afrika asa, 1982->.

<sup>18</sup> 1993 ging das Präsidium an NR Jacques-Simon Eggly (Parti libéral suisse, Genf) über.

<sup>19</sup> *Südafrika im Brennpunkt: Referate des 1. Südafrika-Seminars der Arbeitsgruppe Südliches Afrika (asa), 2./3. November 1984 in Egerkingen*. Zürich: asa, 1985; *Südafrika im Brennpunkt (II): Referate des 2. Südafrika-Seminars der Arbeitsgruppe Südliches Afrika (asa), 1./2. November 1985 in Egerkingen*. Zürich: asa, 1986; *6. Südafrika-Seminar vom 15./16. September 1989, im Hotel International, Basel; Südafrikas Arbeitswelt: Wegbereiterin der Demokratie. Referate des 7. internationalen Südafrika-Seminars vom 21.22. September 1990 in Egerkingen*. Flaach: Protea, 1991. (Protea-Publikation, 5).

und *Schweizerzeit* tendenziöse Schriften, welche ebenfalls zugunsten der weissen Regierung in Südafrika ausfielen.<sup>20</sup> Dies trifft auch auf die seit 1990 erscheinende Zeitschrift *Protea-Bulletin: Hintergrund-Information zum aktuellen Geschehen im südlichen Afrika* zu.<sup>21</sup>

Im Gegensatz zur politisch ausgerichteten asa befasste sich die *Swiss-South African Association* mit den wirtschaftlichen Aspekten der Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika. Politisch gesehen war aber auch diese Vereinigung als konservativ einzustufen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die asa letztthin folgendes in ihrem *Bulletin* festhielt: „Zweck- und gesinnungsmässig steht die asa zweifellos der *Swiss-South African Association* am nächsten“.<sup>22</sup> Die *Association* wurde 1965 „by prominent representatives of a few larger Swiss corporations with activities in South Africa“ gegründet, wie Anton E. Schrafl kürzlich schrieb.<sup>23</sup> Deren Mitglieder werden normalerweise durch die Präsidenten der schweizerischen Industrien und Grossbanken vertreten, die in Südafrika Tochtergesellschaften unterhalten. Schrafl seinerseits ist seit Anfang der achtziger Jahre Präsident dieses Verbandes schweizerischer Wirtschaftsinteressen und seit 1985 Vizepräsident der Holderbank Gruppe. Die wirtschaftliche Bedeutung, welche die südafrikanische Regierung der *Association* beimisst, wurde dieses Jahr mit der Ernennung Schrafls zum Honorarkonsul Südafrikas zur Geltung gebracht. Zuvor hatte sich bereits Nelson Mandela während seines Aufenthaltes in der Schweiz im September 1997 an die Mitglieder des Verbandes gerichtet.<sup>24</sup>

Bereits in den achtziger Jahren verfügte die *Association* nebst wirtschaftlichen auch über politische Kontakte zu Südafrika. So wandten sich zum Beispiel der frühere Staatspräsident Pieter Willem Botha im Jahre 1984, der frühere Notenbankchef, Gerhard de Kock, sowie Südafrikas Verteidigungsminister, Magnus Malan (beide im Jahre 1987), in Zürich an die Mitglieder der *Swiss-South African Association*.<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> Ulrich SCHLÜER (1990). *Südafrika im Umbruch: eine politische Bestandesaufnahme*. Flaach: Protea. (Protea-Publikation, 4); DERS. (1986). *Südafrika: friedlicher Wandel oder blutige Revolution? Eine Bilanz zweier Informationsreisen, unternommen im April/Mai 1986 und Oktober/November 1986*. Flaach: Schweizerzeit Verlag. ("Schweizerzeit"-Schriftenreihe, 3)

<sup>21</sup> *Protea-Bulletin: Hintergrund-Information zum aktuellen Geschehen im südlichen Afrika*. Flaach: Protea-Publikationen AG, 1990->.

<sup>22</sup> *Bulletin: Arbeitsgruppe südliches Afrika*, Nr. 176, Juni 2000, S. 2.

<sup>23</sup> Anton E. SCHRAFL (2000). "The Swiss-South African Association", *Schweizer Monatshefte* 80(2): 31.

<sup>24</sup> *Address by Mandela to Swiss-SA Association, Zurich, 2 September 1997*. Issued by the Office of the President (<http://www.polity.org.za/govdocs/speeches/1997/sp0902.html>).

<sup>25</sup> Pieter Willem BOTHA (1984). "Extract from an Address to the Swiss-South Africa Association in Zurich on 1 June 1984", *Southern Africa Record* 37: 53-58. (Johannesburg: South African Institute of International Affairs SAIIA); Gerhard DE KOCK (1987). *A Plea for Economic Realism in Southern Africa*. Address delivered at a meeting of the Swiss-South African Association in Zurich on 8 October 1987. Zurich: Swiss-

Informationen für Schweizer Investoren zur wirtschaftlichen Situation in Südafrika bot der von der Vereinigung herausgegebene Rundbrief *Südafrika: wirtschaftliche und andere Mitteilungen*, welcher seit 1999 *South Africa: Bulletin für Informationen zu Wirtschaft, Politik, Bildung und Kultur* heisst.<sup>26</sup>

Weniger politisch und wirtschaftlich als ideell aktiv war der 1972 gegründete *Club der Freunde Südafrikas*. Der Hauptzweck des CFS war laut dessen Statuten:

Der Club bezweckt, dazu beizutragen, in unserem Land das Verständnis für die besondere Situation Südafrikas zu wecken und zu fördern. Dies kann beispielsweise geschehen durch: objektive Information unserer Bevölkerung, wozu auch die Richtigstellung unwahrer, halbwarer und ungenauer Nachrichten über Südafrika gehört.<sup>27</sup>

Politisch befand sich die CFS in der gleichen Ecke wie die asa. Zum 25-jährigen Bestehen des CFS und zu dessen Aktivitäten schrieb die asa in ihrem *Bulletin*:

Vor 25 gründeten ein paar Südafrika Sympathisanten in Bern den Club der Freunde Südafrikas mit dem Ziel einen Beitrag zum besseren Verständnis für die besondere Situation Südafrikas und seiner Völker zu leisten. Aus damaliger Sicht und in einer Zeit, als der Kommunismus überall in Afrika an Einfluss gewann, eine durchaus verständliche und legitime Handlung, obwohl man eine Regierung unterstützte, die die Apartheid mit allen Mitteln durchsetzte.<sup>28</sup>

Diese "Aufklärungsarbeit" ist noch heute Bestandteil des CFS, wie der Homepage des Clubs zu entnehmen ist.<sup>29</sup> Diese Ziel wird auch mittels einem Newsletter für Mitglieder verfolgt.<sup>30</sup>

### 3.3 Konklusion

Der Bundesrat hat sich immer schwer damit getan, sich von Pretoria zu distanzieren und die Beziehungen zu Südafrika zu reduzieren oder gar zu beenden. Dies ist ohne Zweifel auch darauf zurückzuführen, dass die Interessengruppierungen des pro-Lagers über die besseren politischen Kanäle verfügten, um ihre Anliegen durchzubringen. Dies ist insbesondere bei der

---

South African Association; Magnus MALAN (1987). "Speech to the Swiss South African Association, Zurich, Switzerland, 6 Dec 1987", *Southern Africa Record* 49: 26-35. (Johannesburg: SAIIA)

<sup>26</sup> *Südafrika: wirtschaftliche und andere Mitteilungen*. Zürich: Swiss-South African Association, 1957-1999; *South Africa: Bulletin für Informationen zu Wirtschaft, Politik, Bildung und Kultur*. Zürich: Swiss-South African Association; Aarau: Wirtschaftskammer Schweiz-Südafrika, 1999->.

<sup>27</sup> Artikel 2 der Statuten des CFS vom 16. September 1978. Siehe AAB Archiv Ar 38.40.1.

<sup>28</sup> *Bulletin: Arbeitsgruppe südliches Afrika*, Nr. 165, Dezember 1997, S. 6.

<sup>29</sup> <http://www.suedafrika.ch>

<sup>30</sup> *Südafrika-Brief*. Bern: Club der Freunde Südafrikas, 1978-1980; *Bulletin: Club der Freunde Südafrikas*. Zürich: Club der Freunde Südafrikas, 1981->.

asa und der *Swiss-South African Association* zu vermuten. Vor allem die asa besass mit Christoph Blocher einen politisch versierten Vertreter im Parlament. Demgegenüber verfügten die AAB und ihr nahestehende Organisationen nie über das nötige politische Gewicht, um die Schweizer Politik gegenüber Südafrika wesentlich beeinflussen zu können. Dies im Gegensatz zu den entsprechenden Bewegungen in Grossbritannien und in den USA.<sup>31</sup>

## 4 Die Kontroverse nach 1998

In diesem Abschnitt diskutiere ich die Entwicklung der Debatte zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika nach 1998, die insbesondere seit Anfang 1999 sehr intensiv geführt wurde.

Am 20. März 1998 reichte Pia Hollenstein im Parlament (NR Grüne Partei seit 1991) eine von 28 ParlamentarierInnen (SPS 18, Grüne Partei 5, CVP 3, FDP 2) unterzeichnete parlamentarische Initiative<sup>32</sup> zur „Aufarbeitung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während den Jahren 1948-1994“ ein. Die Forderung nach einem einfachen Bundesbeschluss zu diesem Zweck wurde an die Nationalratskommission für Rechtsfragen weitergeleitet. Diese Kommission und der Nationalrat befassten sich erst im Januar respektive im März 1999 mit der Initiative Hollenstein. Dies zeigt, dass die Frage der Beziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid zu diesem Zeitpunkt noch kein dringend zu lösendes politisches Traktandum war.

Dann forderte die Grüne Fraktion den Bundesrat in einer Interpellation vom 25. Juni 1998 auf, zum Engagement der Schweizer Nationalbank in Südafrika Stellung zu nehmen. Die Antwort vom 2. September fiel nur knapp aus und im Nationalrat fand eine Diskussion hierzu nicht statt.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Zu Grossbritannien siehe Abdul S. MINTY (1982). „The Anti-Apartheid Movement and Racism in Southern Africa“, in: Peter Willetts (ed.). *Pressure Groups in the Global System: The Transnational Relations of Issue-Orientated Non-Governmental Organizations*. New York: St. Martin's Press. Zu den USA vgl. Frederic Ira SOLOP (1990). *From the Margins to the Mainstream: The Antiapartheid Movement and the Politics of Agenda-Setting in the United States*. Ph.D., Rutgers University; Janice LOVE (1983). *People's Participation in Foreign Policy Making: Evaluating the US Anti-Apartheid Movement*. PhD, Ohio State University. 1985 publiziert als *The U.S. Anti-Apartheid Movement: Local Activism in Global Politics*. New York: Praeger.

<sup>32</sup> Zur Bedeutung der diversen parlamentarischen Mittel siehe: *Der Bund kurz erklärt*. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei, 2000. S. 22. (22. Auflage) und Jürg Martin GABRIEL (1997). *Das politische System der Schweiz: eine Staatsbürgerkunde*. Bern: Haupt, S. 123. (5. Auflage).

<sup>33</sup> Ratsgeschäft 98.3316n.

In den Medien wurden ebenfalls kritische Stimmen zum Engagement der Schweiz in Südafrika während der Apartheid laut. *Das Magazin* – Beilage zu *Tages-Anzeiger* und *Berner Zeitung* – brachte im Februar 1998 einen längeren Artikel zum Engagement der früheren Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) in Südafrika.<sup>34</sup> Im Vorfeld des Besuches von Flavio Cotti in Südafrika äusserte sich Beat Kappeler in der *Weltwoche* vom 30. Juli 1998 kritisch zur Schweizer Vergangenheit: „Sie wussten alles und taten es dennoch“ sowie „Eine Reise in eine unangenehme Vergangenheit“ lauteten die Überschriften in seinem Artikel.

Doch weder die Vorstösse im Parlament noch die vereinzelt Medienberichte vermochten den *courant normal* der Kontakte zwischen den beiden Staaten zu stören. Vom 2. bis 6. August 1998 stattete Flavio Cotti Südafrika einen Staatsbesuch ab. Seit den ersten allgemeinen und freien Wahlen im April 1994 war es wieder salonfähig, mit der Regierung in Pretoria offizielle Kontakte zu pflegen. Wie bei anderen westlichen Staaten nahm Südafrika auch im Falle der Schweizer Interessen auf dem afrikanischen Kontinent nun offiziell die Führungsposition ein. Ausserdem liess es sich Bundespräsident Cotti kurz vor seinem Amtsende nicht nehmen, Nelson Mandela, einem der wohl charismatischsten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, seine Aufwartung zu machen. Er wurde von einer Gruppe von Chefs wichtiger Schweizer Konzerne begleitet. Im Vordergrund der Gespräche mit den südafrikanischen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern standen Themen im Bereich wirtschaftlicher und Entwicklungszusammenarbeit.

Der Himmel während Cottis Aufenthalt war weitgehend ungetrübt, im eigentlichen wie im übertragenen Sinne. Im offiziellen Bern und von Seiten der südafrikanischen Regierung waren nur positive Stimmen zu vernehmen.<sup>35</sup> In den Schweizer Medien wurden die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern betont.<sup>36</sup> Es herrschte immer noch der *courant normal*. Dem tat auch ein Artikel im *Tages-Anzeiger* – „Schweizer Profiteure sollen zahlen“<sup>37</sup> – anlässlich des Cotti-Besuches keinen Abbruch.

Bis Ende 1998 ergaben sich keine weiteren neuen Gegebenheiten. Im Parlament war lediglich die Initiative Hollenstein ausstehend. Auch in den Medien war es ruhig. Lediglich Urs P. Gasche nahm in der *Weltwoche* Ende November das Engagement der Schweizer Wirtschaft in

---

<sup>34</sup> Erwin Koch, „Normale Beziehungen: die SBG in Südafrika“, *Das Magazin*, 14.-20. Februar 1999, S.27-35.

<sup>35</sup> In der Pressemitteilung des EDA vom 27. Juli 1998 hiess es: „Unsere Beziehungen zu Südafrika sind ausgezeichnet und stellen einen Schwerpunkt der schweizerischen Aussenpolitik dar.“

<sup>36</sup> *NZZ*, 3., 4. und 5. August 1998; *Tages-Anzeiger*, 5. August 1998.

<sup>37</sup> Artikel von Christian KAISER, *Tages-Anzeiger*, 4. August 1998.

Südafrika ins Visier. Er kritisierte die finanzielle Unterstützung Südafrikas durch die Schweiz und propagierte indirekt eine Aufarbeitung der Beziehung zwischen den beiden Ländern.<sup>38</sup>

Ende Januar 1999 behandelte die Nationalratskommission für Rechtsfragen die am 20. März 1998 eingereichte parlamentarische Initiative von Pia Hollenstein. Trotz Eingaben der AAB und der *Aktion Finanzplatz Schweiz* (nicht mehr mit dem Zusatz *Dritte Welt*) zu Gunsten der Initiative Hollenstein beschloss die Kommission am 26. Januar mit 14 zu 10 Stimmen, dem Anliegen nach einem einfachen Bundesbeschluss keine Folge zu leisten. Vielmehr verlangte die Kommissionsmehrheit vom Bundesrat mit 17 gegen 5 Stimmen, beim Schweizerischen Nationalfonds ein Forschungsprojekt anzuregen und zu finanzieren, welches die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen untersucht.

Es ist notwendig, sich an dieser Stelle Gedanken über den politischen Rahmen zu machen, in welchem die hier thematisierte Diskussion stattfand. Von grosser Relevanz war die Debatte um die Schweizer Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges. Diese beherrschte das politische Geschehen in der Schweiz seit 1995. In der Tat hatte die eher schmerzliche Erinnerung an dieses Kapitel Schweizer Geschichte bei der politischen Befindlichkeit der Schweiz einiges in Bewegung gesetzt:

Angestossen durch die amerikanisch-jüdische Kritik an der Handhabung der nachrichtenlosen Vermögen durch die Schweizer Grossbanken, entzündete sich eine breite Geschichtsbild-Kontroverse, die über zwei Jahre hinweg am nationalen Selbstverständnis der Schweiz nagte und den Bundesrat zu dem ausserordentlichen Entscheid bewog, die Deutung über die jüngste Vergangenheit der Schweiz an eine Gruppe von Experten im Rahmen der Bergier-Kommission zu delegieren. Somit hat sich die Schweiz unter internationalem Moralierungsdruck mit altbekannter Trägheit gründlich und milleniumsgerecht in den Jungbrunnen einer Identitätsdebatte begeben [...].<sup>39</sup>

Heute [...] sehen wir uns erneut mit unserer jüngeren Zeitgeschichte konfrontiert. Zur Debatte steht allerdings nicht nur die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, die Diskussionen treffen darüber hinaus einen historisch empfindlichen Nerv eines viel umfassenderen Problems: Neben der Normalisierung ihres Verhältnisses zur eigenen Geschichte muss sich die Schweiz auch über ihr Verhältnis zur Welt Gedanken machen.<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Urs P. GASCHÉ, "Schweiz verdrängt ihre Südafrika-Sünden", *Weltwoche*, 26. November 1998, S. 36f.

<sup>39</sup> Matthias KUNZ und Pietro MORANDI (2000). "Der Kosovo-Krieg als heimliche Epochenwende der schweizerischen Aussenpolitik", in Jürg Martin GABRIEL (Hrsg.). *Schweizerische Aussenpolitik im Kosovo-Krieg*. Zürich: Orell Füssli.

<sup>40</sup> Andreas WENGER und Jon A. FANZUN (1997/98): "Schweiz in der Krise - Krisenfall Schweiz", in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, 1997/98*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und KonfliktanalyseFSK der ETH, S. 13f.



Auf eben diese veränderten Rahmenbedingung bezog sich das Postulat der Kommission für Rechtsfragen vom Januar 1999:

Wie die Entwicklungen der letzten drei Jahre gezeigt haben, ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht nur für die schweizerische Aussenpolitik von Bedeutung, sondern auch für die Diskussion zwischen Schweizerinnen und Schweizern und für das eigene Verständnis der Vergangenheit. Diese Auseinandersetzung soll aufgrund eigener Initiative und nicht auf Druck von aussen stattfinden.<sup>41</sup>

Der maximalen Forderung aus dem politisch vorwiegend linken und grünen Lager nach Offenlegung staatlicher und privater Archive – insbesondere der Privatwirtschaft – wurde jedoch nicht entsprochen. Die Hoffnung auf eine Kommission à la Bergier blieb unerfüllt:

Die Kommission [Rechtskommission des NR] ist der Auffassung, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika eingehend geprüft werden müssen. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Meinung, dass ihnen nicht dieselbe Bedeutung zukommt wie den Beziehungen der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, so dass es unverhältnismässig wäre, eine entsprechende unabhängige Expertenkommission wie die Kommission «Schweiz-Zweiter Weltkrieg» einzusetzen.<sup>42</sup>

Die in den parlamentarischen Vorstössen verwendete Argumentation – aus der Diskussion zur Zusammenarbeit der Schweiz mit Nazi-Deutschland seien die Lehren zu ziehen und die gesamte Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime in Südafrika zu untersuchen – verfügte zu diesem Zeitpunkt noch nicht über das nötige politische Gewicht, um genügend Druck auf den Bundesrat auszuüben. Im Gegensatz zur Diskussion um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges waren die Beziehungen Schweiz-Südafrika noch nicht das dominante mediale und politische Thema.

Diese Thematik zur Schweizer Tagesaktualität werden zu lassen, um damit politischen Druck auf die Schweizer Regierung ausüben zu können, war das Ziel der rund 40 Trägerorganisationen, welche 1999 zum Jahr der Kampagne "Jubilee 2000" – "Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika" – erklärten. Unter den unterstützenden Organisationen in der Schweiz befinden sich die *AAB Südliches Afrika* (die frühere Anti-Apartheid Bewegung), die *Aktion Finanzplatz Schweiz* und die *Erklärung von Bern*. Das offen erklärte Ziel der Kampagne lautete wie folgt:

---

<sup>41</sup> Ratsgeschäft 99.3002n.

<sup>42</sup> Pressemitteilung der Rechtskommission des Nationalrates, 26. Januar 1999.

Kriege und Repression des Apartheidregimes haben der Region enorme Folgekosten und Schuldenlasten verursacht. Die Bevölkerung trägt die Schäden und die Schulden, die aus den schmutzigen Geschäften mit dem Apartheidregime resultierten und die zu dessen Finanzierung und Verlängerung beitrugen. Nichtregierungsorganisationen fordern deshalb, diese unsittlichen und illegitimen Schulden (odious debts) zu streichen. [...] In der Schweiz haben seit 1997 Solidaritätsgruppen und die Aktion Finanzplatz Schweiz die Diskussion aufgenommen, die von südafrikanischen NGO's zu den von der Apartheidregierung geerbten Auslands- und Staatsschulden geführt wird. Zu den Profiteuren und Finanziers der Apartheid gehörten massgeblich auch Schweizer Grossbanken und Konzerne. [...] Die heutigen Verantwortlichen dieser Unternehmen sind darum vor die Verpflichtung gestellt, sich an der Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika substantiell zu beteiligen. Ziel der Kampagne ist die Information der schweizerischen und internationalen Öffentlichkeit, um inneren und äusseren Druck auf die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger auszuüben, mit VertreterInnen der Bevölkerung des Südlichen Afrika über Schuldenstreichung und Entschädigungen zu verhandeln.<sup>43</sup>

Eine ganze Reihe von Aktivitäten wurde lanciert, um diese Ziele zu erreichen: Tagungen, Seminare, Vorträge, Publikationen, usw. Mascha Madörin – Ökonomin und Journalistin, früher tätig beim *Südafrika Boykott* und bei der *Aktion Finanzplatz Schweiz* – übernahm hierbei eine sehr aktive Rolle. Sie war fortan gefragte Rednerin an Tagungen und Konferenz zum Thema Schweiz-Südafrika und sie publizierte im Zusammenhang mit der Forderung nach der Streichung der Schulden auch einige Artikel in Zeitungen und Zeitschriften.<sup>44</sup>

Wie einleitend festgehalten, betreiben Interessenvertretungen auch im Parlament Lobbying für ihre Anliegen. Im Rahmen der Kampagne "Jubilee 2000" nahm sich Nationalrätin Pia Hollenstein dieser Aufgabe an. Von den zehn für diesen Artikel relevanten parlamentarischen Vorstössen – sieben Interpellationen, zwei Einfache Anfragen, eine Parlamentarische Initiative – gingen deren sechs auf ihr Konto. Sie war auch Vorstandsmitglied der *Ökumenischen Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* (GFS) der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen St. Gallen/Appenzell*.<sup>45</sup> Nebst ihrer Weltanschauung als Grüne Politikerin scheint mir diese Nähe zur kirchlichen Bewegung bei ihrem Engagement für die Aufarbeitung der historischen Beziehungen Schweiz-Südafrika

<sup>43</sup> Das Zitat aus der Kampagne und eine Übersicht zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit der „Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika“ finden sich auf der Homepage der *Nachrichtenstelle Südliches Afrika* (NaSA), Basel (<http://www.nasa-basel.ch>).

<sup>44</sup> Vorträge: *Zwischen nationalem Aufbau und globalisierten Finanzmärkten*. Seminar „Von der Apartheid zur neoliberalen Wirtschaftspolitik? Ergebnisse der Studie und ihre politische Bedeutung“, Aktion Finanzplatz Schweiz, Zürich, 29. Mai 1999; *Schweiz - Südafrika*. Tagung des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern, 10. Juni 1999; *Lehrstück Schweiz - Südafrika*. Jahresauftakt der Ökumenischen Kommission für GFS, St. Gallen, 9. Januar 2000. Artikel: (2000). „Schuldenstreichung und Legitimität“, *Widerspruch: Beiträge zur sozialistischen Politik* Nr. 38. Interviews: Markus MUGGLIN (1999). „Gestern und heute: Beziehungen Schweiz-Südafrika. Interview mit Mascha Madörin und Franz Blankart“, *Schweiz global* 2: 9-13.

<sup>45</sup> Siehe die Angaben zur Person unter <http://www.parlament.ch>.

ausschlaggebend zu sein. Denn genau diese *Ökumenische Kommission für GFS* war eine der rund 40 Trägerorganisationen, welche 1999 zum Jahr der Kampagne "Jubilee 2000" erklärten. Diese Instrumentalisierung der Beziehung zwischen den Gruppierungen um die Entschuldungskampagne und der Person von Pia Hollenstein ist ein klassisches Beispiel für das Wirken von Interessenvertretungen in der Politik.

Auch die Sozialdemokratische Partei liess sich für die Anliegen der Kampagne "Jubilee 2000" einspannen. Dies wird bei der Durchsicht der Interpellation der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei vom 1. März 1999 offensichtlich:

Mit Hilfe der wirtschaftlichen Unterstützung durch den Finanzplatz Schweiz konnte ein konkursgefährdetes rassistisches Regime aufrechterhalten werden, und die Investitionen zugunsten des staatlichen und halbstaatlichen Sektors trugen offensichtlich zur Unterdrückungspolitik gegenüber der schwarzen Mehrheit und zur Destabilisierungs- und Kriegspolitik in den Nachbarländern bei. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass es unter diesen Bedingungen angebracht wäre, wenn die Schweizer Regierung als erste Geste die Wahrheits- und Aussöhnungskommission mit einem Betrag von 500'000 Franken unterstützen würde? Ist die Schweizer Regierung bereit, um die wirtschaftliche Unterstützung durch den Schweizer Finanzplatz zu ersuchen, um sich an der Entschädigung der Apartheid-Opfer zu beteiligen, wie dies die Wahrheitskommission empfiehlt?<sup>46</sup>

Das Lobbying für die Kampagne "Jubilee 2000" ging nun schnell vorwärts. Für den 10. Februar 1999 hatte die *Aktion Finanzplatz Schweiz* in Genf eine Pressekonferenz anberaumt, an welcher die Studie der AAB-SympathisantInnen Mascha Madörin, Gottfried Wellmer und Martina Egli – *Apartheidschulden: der Anteil Deutschlands und der Schweiz* – präsentiert wurde.<sup>47</sup> Der Bericht basierte auf neuen Zahlen und warf ein düsteres Licht auf die finanziellen Verflechtungen – Goldhandel, Investitionen, Kredite – der Schweizer Nationalbank und anderer Banken mit Südafrika. Obwohl der Bericht in der Rechtskommission des Nationalrates diskutiert wurde vermochte er keine grossen politischen Wellen auszulösen. Bei den Medien wurde er von der konservativen *NZZ* gar nicht erst zur Kenntnis genommen, dafür umso mehr in den zumindest in dieser Frage regierungskritischen Zeitungen *Tages-Anzeiger* und *WoZ*.<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> Ratsgeschäft 99.3015n.

<sup>47</sup> Mascha, MADÖRIN, Gottfried WELLMER, und Martina EGLI (1999). *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz*. Stuttgart: Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika bei Brot für die Welt. (<http://www.nasa-basel.ch>)

<sup>48</sup> Barbara HASLER, "Gute Geschäfte mit dem Rassismus", *Tages-Anzeiger*, 11. Februar 1999; Mascha MADÖRIN "Die Schweiz und die Apartheidschulden Südafrikas: Profit für beide Seiten", *Wochezeitung*, 11. Februar 1999, S. 7).

Die Grüne Partei und die Sozialdemokraten verwendeten die Schlussfolgerungen dieser Studie nun gezielt, um ihre politischen Vorstösse argumentativ zu untermauern. So stützte sich die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei konkret auf die Arbeit von Madörin, Wellmer und Egli ab, als sie den Bundesrat in einer Interpellation vom 1. März 1999 zur schriftlichen Stellungnahme zu den finanziellen Kontakten, insbesondere den Kapitalexporten, der Schweiz mit Südafrika aufforderte.<sup>49</sup>

Am 3. März 1999 diskutierte der Nationalrat die Empfehlungen, welche die Nationalratskommission für Rechtsfragen Ende Januar im Zusammenhang mit der Initiative Hollenstein vom März 1998 beschlossen hatte. Die Sprecherin der Minderheit der Rechtskommission, Margrith von Felten (Grüne Partei), beantragte, der Forderung nach einem Bundesbeschluss nachzukommen. Sie wies darauf hin, dass sich lediglich mit einem Forschungsprojekt des Nationalfonds die in diesem Fall so wichtigen Firmenarchive nicht öffnen liessen. Ulrich Schliuer, Sprecher der Mehrheit der Rechtskommission, argumentierte seinerseits, dass die Aufarbeitung historischer Fakten nicht Aufgabe des Staates sei. Viel eher solle mit einem Postulat ein Nationales Forschungsprogramm des Nationalfonds angeregt werden. Mit 79 zu 50 Stimmen folgte der Rat dem Antrag der Mehrheit, leitete jedoch mit 72 zu 62 Stimmen und gegen den Willen der SVP-Fraktion die Initiative in der abgeschwächten Form des Postulats an den Bundesrat weiter. Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass der Rat in der gleichen Sitzung die parlamentarische Initiative von Walter Frey (NR SVP) für einen Bundesbeschluss zur historischen Aufarbeitung der Tätigkeiten der DDR-Stasi in der Schweiz genehmigte.<sup>50</sup>

Am Freitag den 5. März wurde der Westschweizer Fernsehjournalist Jean-Philippe Ceppi auf Antrag des südafrikanischen militärischen Geheimdienstes in einem Vorort Kapstadts von der Polizei verhaftet. Der für die Tageszeitung *Le Temps* und das Westschweizer Fernsehen TSR tätige Ceppi war mit einer Recherche über Kontakte Schweizer Armee- und Geheimdienstkreise mit Wouter Basson beschäftigt, dem Leiter des B- und C-Waffenprogramms in Südafrika während der Apartheid. Ceppi wurde vorgeworfen, in unerlaubtem Besitz eines als "Streng Geheim" deklarierten Militärdokuments zu sein. Er kam jedoch am folgenden Montag dem 8. März wieder frei, nachdem die Staatsanwaltschaft alle Klagen gegen ihn zurückgezogen hatte. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hatte zuvor bestätigt, dass sie dem Schweizer Journalisten die besagten Dokumente überlassen

---

<sup>49</sup> Ratsgeschäft 99.3015n.

<sup>50</sup> Ratsgeschäft 98.412n. Zur Berichterstattung in den Medien siehe *NZZ* vom 27. Januar und 4. März 1999, S. 13, 17, *Tages-Anzeiger* vom 25. und 27. Januar sowie 4. März 1999.

habe. Dies im Glauben daran, dass sie nicht mehr vertraulich seien, nachdem sie bereits in den Anhörungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission TRC) Verwendung gefunden hätten.

Obwohl die Verhaftung Ceppis ein von der eigentlichen Debatte losgelöstes Ereignis war, veränderte sich dadurch die Situation wesentlich und eine Eigendynamik der ganzen Diskussion war die Folge. Der politische Druck auf den Bundesrat, in der Frage der Beziehungen Schweiz-Südafrika aktiver zu werden, wuchs von Woche zu Woche. Auch die Dimension der Diskussion, die sich bisher vor allem auf wirtschaftliche Kontakte bezogen hatte, weitete sich aus. Nun gerieten auch das Militär, insbesondere der militärische Nachrichtendienst, ins Scheinwerferlicht. Namen wie Peter Regli – Divisionär, Chef der Generalstabs-Untergruppe Nachrichtendienst – oder Jürg Jacomet – besuchte mit Regli die Offiziersschule, zeitweise Nachrichtenoffizier in einem Fliegerregiment, Geschäftsaktivitäten in Osteuropa – tauchten von nun an fast täglich in den Zeitungen und am Fernsehen auf. Gerade weil sich Geheimdienstleute normalerweise im undurchsichtigen Dunstnebel bewegen, waren Tür und Tor geöffnet für Verdächtigungen, Vermutungen und Anschuldigungen. Konkrete Beweise fehlten zumeist, einzelne Indizien und das Verknüpfen mit Erfahrungswerten führten zu zum Teil gewagten Vermutungen bezüglich dem ganzen Ausmass der Beziehungen.<sup>51</sup> Aus diesem Grund prüfe ich die einzelnen Punkte nicht auf deren Richtigkeit. Vielmehr geht es mir im Sinne einer Perzeptionsgeschichte um die Wahrnehmung der Ereignisse und deren Konsequenzen.

Eine der Folgen war die Befragung Reglis durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der eidgenössischen Räte am 17. März. Ausserdem kam nun auch das AC-Laboratorium in Spiez wegen angeblicher Zusammenarbeit mit Wouter Basson und dessen B- und C-Waffen Programm unter Beschuss.<sup>52</sup> Erst jetzt und angesichts des zunehmendem politischen Druckes beschloss der Bundesrat, in der Sache aktiv zu werden. Am 19. März entschied er, das Volkswirtschaftsdepartement (EVD) mit der Koordination der Untersuchung der Dokumente von EVD und EDA sowie des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) für die Zeit der Apartheid zu beauftragen. Die so zusammengestellte Kommission wurde in der Folge als *Interdepartementale Arbeitsgruppe* bekannt. Bereits zwei Wochen zuvor war der historische Dienst innerhalb des EDA mit der Aufarbeitung der Beziehungen zu Südafrika beauftragt worden. Weiter gab der Chef des VBS, Bundesrat Adolf Ogi, am 20.

---

<sup>51</sup> NZZ, 8., 9. und 12. März; *Tages-Anzeiger*, 8., 9., 12., 13. und 15. März 1999.

<sup>52</sup> NZZ, 18. und 19. März; *Tages-Anzeiger*, 18. März 1999.

März einen internen Bericht über die Beziehungen des militärischen Nachrichtendienstes zu anderen Staaten in Auftrag. Es wurde zwar betont, dass sich die Untersuchungen nicht auf Südafrika oder Peter Regli beschränkten. Aber immerhin wurde bestätigt, dass Südafrika der Anlass war für den Bericht, und es lag auf der Hand, dass dieser Problematik spezielles Augenmerk geschenkt würde.<sup>53</sup> Damit hatten die Protagonisten der Kampagne "Jubilee 2000" in der Schweiz auf dem Weg zur Streichung der Schulden im Falle des südlichen Afrika durch die Schweiz einen Etappensieg erzielt.

Diese oben nachgezeichnete Entwicklung führte Mascha Madörin am 25. März zur Feststellung:

Woher kommt dieses unerwartete Skandalbewusstsein [beim Bundesrat]? Eine der richtigen Antworten lautet: weil die Apartheid-Connection der Schweiz zu einem internationalen Politikum geworden ist. Dies war bereits beschränkt der Fall nach der Veröffentlichung der Studie zur Apartheidfinanzierung. Das Skandalbewusstsein verstärkte sich dann aber nach der kürzlichen Verhaftung von Jean-Philippe Ceppi in Südafrika.<sup>54</sup>

Gleichentags machte Res Strehle in der *Weltwoche* – sie stand in der Frage der Beziehungen Schweiz-Südafrika der Regierung in Bern grundsätzlich kritisch gegenüber – eine Aussage, die sich sehr bald bewahrheiten sollte:

Wenn die Geschichte des Schweizer Engagements am Kap nicht systematisch aufgearbeitet wird, bekommen wir sie in homöopathischen Dosen verabreicht. Aussitzen geht nicht. Gegenwärtig ist der Chef des militärischen Geheimdienstes dran. [...] Wer ist der nächste?<sup>55</sup>

Tatsächlich ging die Lobbying-Aktivität von Grüner und Sozialdemokratischer Partei im Sinne der Entschuldungskampagne weiter. In der Zeit von Anfang März bis Ende August 1999 reichten die beiden Parteien im Nationalrat fünf Interpellationen sowie zwei Einfache Anfragen zur Thematik Schweiz-Südafrika ein. Diese beschäftigten in der Folge mehrere Departemente:

---

<sup>53</sup> NZZ, 20. und 22. März 1999.

<sup>54</sup> Mascha MADÖRIN, "Untersuchung Schweiz-Südafrika: die hohe Kunst der Imagepflege", *WochenZeitung*, 25. März 1999.

<sup>55</sup> Res STREHLE, "Aussitzen geht nicht", *Weltwoche*, 25. März 1999.

<i>Datum</i>	<i>Geschäft</i>	<i>Mittel</i>	<i>Urheber</i> ( <i>Unterzeichner:</i> <i>Partei, Anzahl</i> <i>Parlamentarier</i> )	<i>Thema</i>	<i>Zuständigkeit</i>
17. März	99.3097n	Interpellation	Pierre-Alain Gentil (SPS)  (SPS: 4)	Militärische Informationen mit Südafrika	VBS
19. März	99.3130n	Interpellation	Jean Ziegler (SPS)  (SPS: 36, Grüne Partei: 6, CVP: 1, Partei der Arbeit PdA: 1)	Völkermord in Südafrika	Der Urheber schied Ende 1999 aus dem Rat aus, womit der Vorstoss abgeschrieben wurde.
21. April	99.1054n	Einfache Anfrage	Pia Hollenstein  (Grüne Partei: 1)	Untersuchung zu den Beziehungen der Schweiz zu Südafrika. Staatspolitische Fragen	EVD
21. April	99.3176n	Interpellation	Pia Hollenstein  (SPS: 10, Grüne Partei: 6, CVP: 3, FDP: 1)	Pilotenaustausch mit Südafrika. Beurteilung	VBS
15. Juni	99.3260n	Interpellation	Pia Hollenstein  (SPS: 4, Grüne Partei: 3)	Apartheidregime in Südafrika. Position der Schweiz	Justiz- und Polizeideparteme nt EJPD
18. Juni	99.1099n	Einfache Anfrage	Pia Hollenstein  (Grüne Partei: 1)	Aufenthalte von Beamtinnen und Beamten in Südafrika 1948 bis 1994	EDA
31. August	99.3417n	Interpellation	Pia Hollenstein  (Grüne Partei: 8, CVP: 1)	Beziehungen Schweiz- Südafrika. Zugang zu den Quellen des Nachrichtendienstes	VBS

Ich gehe nicht auf die einzelnen Vorstösse und deren Resultate ein, da hier die Perzeptionsgeschichte von Interesse ist. In diesem Sinne genügt die Feststellung, dass die Kontroverse um die Beziehungen Schweiz-Südafrika sowohl die Medien als auch die Politik bis zum Oktober 1999 weiter beschäftigte. Auf Seiten der Medien ist speziell der Dokumentarfilm von Jean-Philippe Ceppi – *Schweizer Spuren von Apartheid-Chemikern* – vom 29. April in der Sendung *Temps Présent* des Westschweizer Fernsehens TSR zu

erwähnen. Ihm wurde auch in der Deutschschweizer Presse Aufmerksamkeit geschenkt. Ganz generell genoss das Thema in der Schweizer Presse eine vergleichsweise grosse Präsenz.<sup>56</sup>

Auf der politischen Ebene beschäftigten die zahlreichen parlamentarischen Vorstösse vier Departemente. Am 1. Oktober 1999 wurde der Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe – *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika* – veröffentlicht. Er wurde in den Medien zwar zur Kenntnis genommen, löste aber keine neue Debatte aus.<sup>57</sup> Am 1. Dezember wurde der Bericht der Delegation der Geschäftsprüfungskommission – *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes* – präsentiert, was in den Medien zur gleichen Reaktion führte.<sup>58</sup> Nebenbei sei hier auf die Vorstellung des Buches von Richard Rosenthal am 9. September in Basel verwiesen. In seinem in Kapstadt veröffentlichten Buch *Mission Improbable* beschreibt er seine Rolle als Vermittler zwischen dem damals noch in der Opposition stehenden ANC und der Apartheidregierung. Bei der Suche nach finanzieller und logistischer Unterstützung wandte er sich an die Schweizer Regierung, die sein Vorhaben unterstützte. Die Medienberichterstattung anlässlich der Vorstellung dieses Buches warf somit für einmal ein positives Licht auf die Rolle der Schweiz während der Apartheid in Südafrika.<sup>59</sup>

Insgesamt hatte sich die Debatte um die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während der Apartheid unterdessen beruhigt. Die politische Kontroverse war ins Rollen gekommen und die Diskussionen fanden nun hinter den Kulissen in den betroffenen Departementen statt, allen voran im EDA und im Departement des Innern (EDI).

Aufgrund der rot-grünen Vorstösse im Parlament hatte man es mit der Aufarbeitung einer Thematik zu tun, mit der keines der betroffenen Departemente wirklich etwas zu tun haben wollte. Wieso sollte sich der oder die VorsteherIn dieses oder jenes Departements die Hände an einem politisch brisanten Traktandum verbrennen, für welches die Lobby im Parlament

---

<sup>56</sup> NZZ, 23. und 30. April, 14. Mai, 8. Juni, 3. Juli, S. 93f., 16. Juli, 16. August, 27., 28. und 29. September, 2. und 5. Oktober; *Tages-Anzeiger*, 30. April, 27. Mai, 23. und 27. August, 22. und 27. September, 2. und 4. Oktober; *Weltwoche*, 8. April, S. 41-44, 6. Mai; *WochenZeitung WoZ*, 29. April, 7. Oktober; *Facts*, Nr. 11, März 1999, S.2f.; *SonntagsZeitung*, 28. März, S. 4f.; 2. Mai, S. 21-24.

<sup>57</sup> *Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika*. Bern: Interdepartementale Arbeitsgruppe Schweiz-Südafrika ([http://www.evd.admin.ch/dynamic/Presse\\_Rohstoff/CH\\_RSA/D/af\\_sud\\_1d.htm](http://www.evd.admin.ch/dynamic/Presse_Rohstoff/CH_RSA/D/af_sud_1d.htm)). Siehe neben den Berichten in der Presse (Fussnote 57) die Pressemitteilung des EVD vom 1. Oktober 1999.

<sup>58</sup> *Beziehungen zu Südafrika: Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes. Bericht der Delegation der Geschäftsprüfungskommission*. Bern. (<http://www.parlament.ch>). NZZ, 2. und 3. Dezember; *Tages-Anzeiger*, 2. und 3. Dezember 1999.

<sup>59</sup> Richard ROSENTHAL (1998). *Mission Improbable: A Piece of the South African Story*. Cape Town: David Philip. Foreword by Thabo Mbeki. Zu den Medienberichten siehe NZZ, 3. Juli, S. 94, 10. September, S. 5; *Tages-Anzeiger*, 11. September, S. 5.



unterdessen verebbt war und internationaler oder südafrikanischer Druck ohnehin nie existiert hatte? So wurde das Geschäft von Departement zu Departement geschoben und endete schliesslich bei der Vorsteherin des EDI, der Sozialdemokratin Ruth Dreifuss. Ihre eigene und die Grüne Partei hatten ihr ein Problem beschert, welches sie nun zu lösen hatte.

Die politischen Rahmenbedingungen liessen eine Minimallösung als realistisch und genügend erscheinen. Als einfachste Lösung bot sich an, die Untersuchung des Themas Schweiz-Südafrika dem bereits seit 1996/97 laufenden Nationalen Forschungsprogramm (NFP) 42 zur Schweizer Aussenpolitik anzuhängen. Damit würde die Angelegenheit zusätzlich entpolitisiert und sie erhielte nicht die Aufmerksamkeit wie eine Bergier-Kommission. So bewilligte der Bundesrat Anfang Mai ein Budget von 2 Millionen Franken. Dieser Entscheid wurde am 4. Mai 2000 mit einer kurzen Meldung der Schweizerischen Depeschagentur (sda) den Medien mitgeteilt:

Der Bundesrat hat den Schweizerischen Nationalfonds beauftragt, eine Untersuchung der Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zu organisieren. Mit einem Budget von zwei Millionen Franken soll während dreier Jahre in einem Zusatzmodul des bis Ende Jahr laufenden Nationalen Forschungsprogramms über die schweizerische Aussenpolitik die jüngere Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik gegenüber Südafrika auf ihre Auswirkungen und ihre Entstehungsbedingungen analysiert werden.<sup>60</sup>

Dieser Entscheid erfolgte jedoch ohne Information des Schweizerischen Nationalfonds oder der für das NFP 42 zuständigen Programmleitung. Unterdessen sind die Diskussionen weiter gediehen. Die Thematik wurde im "Modul Schweiz – Südafrika" zusammengefasst. Als Koordinator einer Dreiergruppe fungiert Professor Georg Kreis. Er ist Leiter des Europainstituts in Basel, Präsident der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus sowie Mitglied der Expertenkommission "Schweiz – Zweiter Weltkrieg". Das NFP 42 wird im Oktober offiziell abgeschlossen.

Eine Woche nach diesem Entscheid besuchte der südafrikanische Erzbischof Njongonkulu Ndungane die Schweiz vom 10. bis 12. Mai 2000. Als Nachfolger von Desmond Tutu, dem Vorsitzenden der Wahrheits- und Versöhnungskommission, plädierte er für einen Schuldenerlass, um die für den Schuldendienst verwendeten Gelder den Opfern der Apartheid zukommen zu lassen. Er wurde von Bundesrat und Aussenminister Joseph Deiss zu einem Gespräch empfangen. Die Vertreter von Privatwirtschaft und Banken distanzieren sich

---

<sup>60</sup> NZZ, 4. Mai 2000, S. 14

jedoch.<sup>61</sup> Ich sehe in seinem Besuch den Abschluss der von Interessengruppierungen um die *AAB Südliches Afrika* geführten Kampagne "Jubilee 2000", die ihre Ziele in der Schweiz nur teilweise erreicht hatte. Die Gründe hierfür erläutere ich in der Schlussdiskussion.

## 5 Schlussdiskussion

Die Kampagne "Jubilee 2000" zum Schuldenerlass von Südafrika und der Entschädigung der Opfer der Apartheid bildet den aussenpolitischen, die Debatte um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg den innenpolitischen Rahmen, in welchem die Diskussion 1998/99 um die Beziehungen Schweiz-Südafrika während der Apartheid stattfand.

Im vorangehenden Kapitel wurde versucht, die eingangs gestellte Frage – *weshalb* und *wie* die Diskussion 1998/99 um die Beziehungen Schweiz-Südafrika von auf das politische Parkett gebracht wurde – zu beantworten. In diesem Abschnitt diskutiere ich deshalb die Frage, inwiefern die beteiligten Interessengruppierungen die ursprünglich formulierten Ziele der Kampagne "Jubilee 2000" verwirklichen konnten:

Ziel der Kampagne ist die Information der schweizerischen und internationalen Öffentlichkeit, um inneren und äusseren Druck auf die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger auszuüben, mit VertreterInnen der Bevölkerung des Südlichen Afrika über Schuldenstreichung und Entschädigungen zu verhandeln.<sup>62</sup>

Die Antwort hierzu fällt geteilt aus. Meiner Meinung setzten die Initiatoren der Kampagne "Jubilee 2000" um die *AAB Südliches Afrika* das Ziel in der Schweiz erfolgreich um, die politische Agenda im Parlament zu beeinflussen und eine breitere Öffentlichkeit auf Ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dies hat vor allem mit innenpolitischen Gründen zu tun: zum einen hatte sich die vormalige *Anti-Apartheid Bewegung* zur Zeit der Apartheid die Fähigkeit des Lobbyierens angeeignet, was sich nun zu ihren Gunsten auswirkte. Auch existierten zum Teil noch Kontakte zu PolitikerInnen aus dem rot-grünen Spektrum. So darf es durchaus als Lob für die Arbeit dieser Interessengruppierung gewertet werden, wenn *NZZ*-Redaktor Felix E. Müller im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichtes der Interdepartementalen Arbeitsgruppe folgendes schrieb:

---

<sup>61</sup> Siehe Anton CHRISTEN, "Erzbischof Ndungane im Schatten Tutus", *NZZ*, 17. Mai 2000; Michael MEIER, "Für Südafrika einen Marshallplan", *Tages-Anzeiger*, 13. Mai 2000; Martina EGLI, "Zahltag für die Kungelei mit den weissen Herren", *Weltwoche*, 11. Mai 2000.

<sup>62</sup> Siehe Fussnote 43.

Eine Welle von Enthüllungsgeschichten und eine Reihe von rot-grünen parlamentarischen Vorstössen haben das Thema der Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika zu einem innenpolitischen Traktandum gemacht. Aus den tatsächlichen oder angeblichen Beziehungen auf der Ebene der Nachrichtendienste sowie aus der Tatsache, dass sich die Schweizer Banken nie an einem Boykott des Apartheid-Staates beteiligt haben, wurde die Forderung abgeleitet, dass die Schweiz zumindest in moralischer Hinsicht gegenüber Südafrika schadenersatzpflichtig sei.<sup>63</sup>

Des weiteren fiel es Gruppierungen wie der *asa* oder der *Swiss-South African Association* diesmal schwer, überzeugende Gegenargumente vorzubringen, um damit die Initianten der Debatte zu schwächen.

Schliesslich legt es Zeugnis von der offensichtlich erfolgreichen Umwandlung der früheren *Anti-Apartheid Bewegung* in die *AAB Südliches Afrika* ab, eine der treibenden Kräfte hinter der Kampagne "Jubilee 2000". Die Neuorientierung der AAB begann Anfang der neunziger Jahre aufgrund der politischen Veränderungen in Südafrika. Der Name wurde auf *AAB Südliches Afrika* geändert, wobei AAB nun für "Austausch - Aufbau - Bildung" stand.<sup>64</sup> Bezüglich der zukünftigen Tätigkeitsgebiete wurden vom Vorstand Ende 1991/Anfang 1992 folgende Vorschläge gemacht:

- ?Doch wenn wir weiterhin eine Bewegung bleiben wollen, sollten wir aus dieser resignativen Stimmung herauskommen und wieder reagieren, eventuell auch agieren.
- ?Gesamthaft denke ich, wir müssen realistisch sehen, dass wir unsere grossen Zeiten gehabt haben und uns mit der weniger spektakulären Rolle einer Soli-Bewegung abfinden [...].
- ?Unsere Arbeit wird in Zukunft auf der Ebene Nord-Süd (1./3. Welt) sein.
- ?Die Ebene Schweiz-Südafrika müssten wieder miteinander verknüpft werden und an die Frau/Mann gebracht werden. Es ist klar, dass wir sehr flexibel damit umgehen müssen [...].
- ?Wäre es nicht angebracht, wenn die neue AAB sich in Zukunft nicht nur mit der Entwicklung in Südafrika, bzw. dem südlichen Afrika, sondern auch in den übrigen Ländern des Kontinents im Bereich des Nord-Süd-Gefälles aktiv würde, aber vielleicht die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit doch auf das südliche Afrika legen würde?<sup>65</sup>

Im Rahmen der Kampagne "Jubilee 2000" eröffnete sich der "neuen" AAB ein geradezu ideales Betätigungsfeld, auf welchem sie sich als Bewegung bestätigen und ihre Ideen

---

<sup>63</sup> NZZ, 29. September 1999, S. 13.

<sup>64</sup> Die von ihr herausgegebene Zeitschrift heisst nun *AAB-Nachrichten Südliches Afrika*. Bern: AAB Südliches Afrika, 1995->.

<sup>65</sup> Zitate aus dem Dokument "Versuch einer Synopse von acht sehr unterschiedlichen Papieren: wie denkt der Ausschuss über die Zukunft der AAB, April/Mai 1992", S. 2f. (AAB Archiv Ar 38.10.2, Mappe "Vorstandsprotokolle, Dez. 1988-92").

vortragen konnte. Die Gruppierungen, mit denen sie in der Kampagne zusammenarbeitete, waren hierbei alte Bekannte aus der Zeit des Anti-Apartheid Kampfes.

Demgegenüber hat die Kampagne "Jubilee 2000" das Ziel der Streichung der Schulden Südafrikas in der Schweiz ganz klar nicht erreicht. Dass die Anstrengungen hier erfolglos blieben hat mit dem fehlenden politischen Unterstützung von südafrikanischer Seite zu tun. Vor den Wahlen 1994 war die Koalition zwischen der international agierenden Anti-Apartheid Bewegung und dem oppositionellen ANC gegeben. Die Übernahme der politischen Verantwortung für Südafrika durch den ANC brachte es mit sich, dass frühere Koalitionspartner zum Teil zu politischen Gegnern wurden. In Südafrika selbst trifft dies zum Beispiel auf die früher mit dem ANC eng verbündete Gewerkschaft COSATU zu. Im internationalen Kontext betraf dies die frühere internationale Anti-Apartheid Bewegung. So hat sich die südafrikanische Regierung bis heute ablehnend gegenüber der Kampagne für eine Streichung der Schulden aus der Zeit der Apartheid verhalten: einerseits ist es die Sorge der Wirtschaftspolitiker, dass durch einen Schuldenerlass das Kreditrating Südafrikas negativ beeinflusst würde. Andererseits ist Südafrika dringend auf Investitionen ausländischer Banken und multinationaler Konzerne angewiesen, weshalb die vom ANC geführte Regierung kein Interesse hat, den Geldgebern von heute und morgen die Sünden von gestern vorzuhalten. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Beziehungen Schweiz-Südafrika zur Zeit der Apartheid im Verlaufe des Besuches von Joseph Deiss in Südafrika im Oktober 1999 kein Thema waren.<sup>66</sup> Des weiteren meinte Bundesrat und Wirtschaftsminister Pascal Couchepin Anfang Oktober 1999 im Nationalrat gelassen, es sei nicht vorgesehen, dem südafrikanischen Volk eine Entschädigung zu bezahlen, da dies von der Regierung in Pretoria nicht gefordert worden sei.<sup>67</sup>

Auch die südafrikanischen Medien behandelten die Thematik Schweiz-Südafrika nur am Rande. Über die Verhaftung von Ceppi im März 1999 in Kapstadt wurde im Fernsehen berichtet und die Zeitungen nahmen sie zur Kenntnis.<sup>68</sup> Mit der Thematik Schweiz-Zweiter Weltkrieg beschäftigten sich die Medien dagegen viel intensiver. Die in der Schweiz im

---

<sup>66</sup> Walter VOGT, "Fortführung des Sonderprogramms für Südafrika", *NZZ*, 13. Oktober 1999; Urs BUESS, "Kein Wort zu den Apartheidsbeziehungen", *Tages-Anzeiger*, 13. Oktober 1999; Pressemitteilung des EDA vom 28. September 1999 zu den Besuchen von Deiss in Tansania, Südafrika und Mosambik.

<sup>67</sup> *NZZ*, 5. Oktober 1999, S. 18.

<sup>68</sup> "Curiouser and curiouser ... cried Alice", *Mail & Guardian*, 12 March; "Swiss journalist free after 'top-secret' blunder", *The Star*, 12 March; "Swiss journalist's document had been handed to media, says TRC", *The Star*, 17 March; "Swiss journalist to appear in court today", *Cape Times*, 12 March; "Big cheese coming down the mountain", *Sunday Times*, 14 March (<http://www.mg.co.za/mg/archive>; <http://www.suntimes.co.za/archive>).

Anschluss an die Verhaftung Ceppis entbrannte Diskussion wurde in den südafrikanischen Printmedien praktisch nicht mehr zur Kenntnis genommen. Und in der Frage eines Schuldenerlasses sprach sich die in ökonomischen Fragen relevante Presse Südafrikas (*Financial Times*, *Finance Week*, *Business Day*) strikte dagegen aus.<sup>69</sup>

Dieser fehlende südafrikanische und internationale Druck erklärt auch, wieso Gruppierungen wie die *Arbeitsgruppe südliches Afrika* im Hintergrund bleiben konnten und sich nicht zu Wort melden mussten. Die Situation wurde dort offenbar so eingeschätzt, dass sich die Anfang 1999 entstandene politische Unruhe wieder beruhigen würde.

---

<sup>69</sup> Siehe *NZZ*, 23. April 1999.